

Kommentar zum bildungspolitischen Teil im Koalitionsvertrag von CDU und SPD für die nächste fünf Jahre in Hessen

Achim Albrecht, ehem. Stvtr. Bundesvorsitzender der GEW  
 Alfred Harnischfeger, ehem. Landesvorsitzender der GEW Hessen  
 Bianka Tiedtke-Albrecht, ehem. Stvtr. Bundesvorsitzende der GEW

### **Kindertagesstätten, „Kindergärten“, sind Bildungseinrichtungen.**

Nein, so ist der Koalitionsvertrag nicht angelegt. Nicht im Kapitel „Bildung“ finden sich Aussagen zu den Einrichtungen für Kinder unter sechs Jahren, sondern in einem Extra-Kapitel mit der Überschrift *„Aus Respekt vor Familien und Alleinerziehende“*. Die Unverbindlichkeit aller Verbesserungsankündigungen ist kaum zu überbieten, aber immerhin, es wird einiges genannt, bei dem es um *„verstärkt berücksichtigen“* (S. 29), *„Initiativen und Programme fördern...“* (S. 29), *„ein Investitionsprogramm für den Kitausbau und die Tagespflege aufsetzen“* (S. 30) und ähnlich Andeutungen geht. Wann, wie umfangreich? Nichts darüber. Statt dessen: *„mit den Kommunen eine langfristige Finanzierungsstrategie für die Betreuungskosten erarbeiten“* (S. 30) Ein Zuschuss des Landes zu Betreuungskosten bis zum sechsten Lebensjahr soll *geprüft* werden. Übrigens dominiert immer noch der Begriff „Betreuung“ für das, was mit Kindern in Kitas geschehen soll. Immerhin gibt es z.B. diese konkreten Maßnahmen, um Personal zu gewinnen:

- *„Die Schulgelder an privaten Erzieherfachschulen schaffen wir ab.*
  - *Die Anwerbung von Erzieherinnen und Erziehern aus dem Ausland wird intensiviert.*
  - *Ausländische Abschlüsse werden wir schneller und unbürokratischer anerkennen.“* (S. 31).
- Wer allerdings konkrete Zeit- und Zielvorgaben erwartet, irrt auch hier.

Auch dies bleibt vage: *„Kinder, bei denen ein besonderer Sprachförderbedarf festgestellt worden ist, werden wir weiter in verpflichtenden Vorlaufkursen zusätzlich fördern. Des Weiteren werden wir Kindersprachscreenings wie z.B. KISS weiterentwickeln. Ein weiteres Augenmerk in dem verpflichtenden letzten Kita-Jahr soll der Stärkung der MINT-Kompetenzen und der Experimentierfreudigkeit der Kinder gewidmet werden.“* In einem Regierungsprogramm Maßnahmeschritte durch Formeln wie *„ein weiteres Augenmerk ...“* widmen zu ersetzen, das ist schon hohe Regierungskunst, noch ehe die Arbeit begonnen wurde. Und so vage bleibt es auch bei wichtigen Punkten wie z.B. diesem: *„Wir wollen Initiativen und Programme sowie angebotskoordinierende Strukturen im Land und in den Kommunen fördern, die sich zum Ziel setzen, alleinerziehende Elternteile bei der Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Freizeit zu unterstützen und die soziale Teilhabe zu ermöglichen.“* (S. 29). Wodurch genau erweiterte und verlässliche Öffnungszeiten endlich sichergestellt werden sollen – Klare Aussagen dazu werden durch solch einen schönen Satz ersetzt: *„Flexible Öffnungs- und Betreuungszeiten werden wir wo notwendig, weiter fördern“*. Nicht mehr, sondern *„weiter“*, also, wie bisher, zu wenig. Und für die gewerkschaftliche Interessensvertretung für das Personal im Vorschulbereich wird es bei harter Arbeit bleiben, denn auch hier gibt's nur heiße Luft: *„Hierbei werden die Verbesserungsmöglichkeiten der Rahmenbedingungen für Fachkräfte, wie die möglichst weitgehende Freistellung der Kita-Leitung von administrativen Arbeiten, die Entlastung durch*

*zusätzliche Verwaltungs- und Hilfskräfte, die mittelbare pädagogische Arbeit und die Interaktions- und Prozessqualität zwischen Kind und Fachkraft, aufgegriffen.“* „aufgreifen“ ist eine kunstvolle Umgehung konkreter Schritte – und das sagt alles über die Ernsthaftigkeit dieses Programms aus. (S. 31)

### **Wir werden alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen...**

„Wir werden alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen und die notwendigen Mittel in einem Nachtragshaushalt bereitstellen, um so schnell wie möglich die Zahl der Schulabgänger ohne Abschluss mindestens zu halbieren und sicherzustellen, dass alle, die ein Abschlusszeugnis am Ende der Sekundarstufe I erhalten, tatsächlich sinnerfassend lesen können“.

Nein, dieser Satz findet sich nicht in der Koalitionsvereinbarung von CDU und SPD. Darauf muss man in Hessen nun mindestens bis 2029 warten. Stattdessen, und zugleich exemplarisch für die stockkonservativen Allgemeinplätze im bildungspolitischen Teil der Koalitionsvereinbarung, heißt es: *„Wir bekennen uns zur Bildungsgerechtigkeit und der Vielfalt der Schulformen, zur pädagogischen Selbstständigkeit und dem Erhalt des mehrgliedrigen Schulsystems inklusive Noten und Sitzenbleiben.“* (S.7). Die CDU wollte das nie verstehen, aber in der SPD wissen selbst die Parteispitzen, dass der *„Erhalt des mehrgliedrigen Schulsystems“* und *„Bildungsgerechtigkeit“* nicht kompatibel sind – und was ist das für ein peinliches „Bekennnis“? *„Wir bekennen uns ... zum Sitzenbleiben“*(S. 7). Andere konkrete Absichtserklärungen, die sich in fünf Jahren nachzählen und prüfen lassen, findet man selten in dieser Koalitionsvereinbarung. Was für ein Hohn auf die Bemühungen von Lehrerinnen und Lehrern, möglichst viele Kinder möglichst intensiv zu fördern.

*„Wir werden unser Schulsystem in seiner historisch gewachsenen Vielfalt bewahren und deshalb keine Systemdebatten führen, sondern uns auf das konzentrieren, was zählt: gute Schul- und Unterrichtsqualität.“* (S. 7). „Bewahren“ klingt fürsorglich. Aber wem gilt diese Fürsorge? Dass die SPD sich selbst einen Maulkorb zum Thema „Schulsystem“ auferlegt, grenzt schon an Unterwürfigkeit.

Weiter hinten, auf der Seite 16, wird man dann noch deutlicher: *„Wir bleiben bei der verpflichtenden Vergabe von Ziffernnoten in ihrer gegenwärtigen Form. Um allen Schülerinnen und Schülern optimale Entwicklungsmöglichkeiten zu eröffnen, wollen wir auch diejenigen, die besonders große Entwicklungsfelder aufweisen, weiterhin optimal in ihrer Lernbiografie fördern. Deshalb halten wir an den Instrumenten der Nichtversetzung, der Wiederholung und der Querversetzung fest.“*

Also: Lernfortschrittsberichte statt Ziffern, möglicher, gut begründbarer Bestandteil moderner Pädagogik, kommt nicht vor. Was *„besonders große Entwicklungsfelder“* sein sollen, die jemand aufweist, bleibt völlig unklar und worin bisher die *„optimale“* Förderung der davon betroffenen Gruppe Jugendlicher bestand, ebenso. Und, so die Behauptung, weil da jemand bisher optimal gefördert wurde, *„deshalb halten wir an den Instrumenten der Nichtversetzung, der Wiederholung und der Querversetzung fest.“* Damit das Produzieren von Verlierern unseres Schulsystems nicht so brutal klingt, wird das Abschulen, vom Gymnasium in „niedere“ Schulformen hier erst gar nicht mehr konkret erwähnt. Dafür folgt die Streicheleinheit: *„Wir müssen zugleich Erfolgserlebnisse in der Schule ermöglichen und stellen deshalb nicht*

*die vermeintlichen Defizite von Schülerinnen und Schülern in den Mittelpunkt, sondern die individuellen Stärken, Interessen und Bedürfnisse der Lernenden“.* (S. 15) Mit „Wir“ sind ja wohl die Autorinnen und Autoren, die Parteirepräsentant\*innen von CDU und SPD, gemeint. Was ist denn nun? Sind die „Defizite“, wegen denen „wir“ Sitzenbleiben und Abschulen brauchen, tatsächlich feststellbar oder nur „vermeintlich“?

*„Die Grundschule ist die Schulform, die die Gesellschaft zusammenführt. Sie ist nicht nur Lernort, sondern auch ein Ort des sozialen Miteinanders.“* (S.8) Dieser Satz ist vermutlich aus Versehen reingerutscht, er klingt ein bisschen nach SPD. Im Umkehrschluss heißt das allerdings: Nach der 4. Klasse ist mit der Zusammenführung der Gesellschaft und der Schule als *„ein Ort des sozialen Miteinanders“* Schluss. Das stimmt - nicht einmal als politische Floskel - mit der schulpolitischen Wirklichkeit – bis auf einige Integrierte Gesamtschulen, die weiter geduldet werden - überein.

Im internationalen Maßstab gilt für ein „gutes“ Schulsystem: Gemeinsamer Unterricht bis zur 8., 9. oder 10. Klasse, Ganztagschulen an fünf Tagen in der Woche und mit realem pädagogischem Verbund von Vormittag und Nachmittag, ohne Hausaufgaben als festem Bestandteil des Lernens, Mittagessen für die große Mehrheit der Schülerinnen und Schüler statt für eine kleine Minderheit, und mit tatsächlicher Inklusion in den „allgemeinen“ Schulen. damit „Unterrichtsqualität“ wirksam werden kann.

Schauen wir uns einige andere bildungspolitische Drohungen und Allgemeinplätze des bildungspolitischen Kapitels an: Gleich zu Beginn wird davon geredet, *„gemeinsam gelebte Werte“* müssten *„gerade auch in der Schule“* gezeigt und *„von der Schule aufgegriffen werden“* (S.6) Wie wäre es mit: *„Wir lassen kein Kind zurück“*?

Stattdessen steht da dreist die politische Lüge, man wolle, *„dass sich jedes Kind ganz nach seinen individuellen Fähigkeiten und Potenzialen entfalten kann und unabhängig von Herkunft, sozialem Hintergrund oder anderen äußeren Bedingungen über gleiche Bildungschancen verfügt“* (S.6). Schon mal was von PISA-Befunden gehört, die für Deutschland die besondere Abhängigkeit des Schulerfolgs von der Zugehörigkeit zu einer sozialen Schicht nachweisen? Da scheint es selektive Lesekompetenz-Defizite zu geben, sonst müsste da ein anderes schulpolitisches Programm stehen.

Oder, was ist, angesichts der Stimmanteile der AfD, mit einer Renovierung und Ausweitung der Politischen Bildung vom Sachunterricht bis zum Abi und dem Abschluss der Beruflichen Schule und einem Wiederaufbau der bis vor 25 Jahren beispielhaften hessischen Fort- und Weiterbildung für Lehrkräfte in allen Fächern und für alle pädagogischen Kompetenzen statt Nachmittagshäppchen und lächerlicher Fortbildungsgelder pro Planstelle? Geschichte, „PoWi“ und Geographie bleiben voneinander abgeschottete Mini-Fächer, ihre verstehendes Lernen erst ermöglichende Zusammenführung bleibt auf „Gesellschaftslehre“ an Integrierten Gesamtschulen beschränkt.

Kennzeichnend für die (gewollte) Unverbindlichkeit ist auch, was im Koalitionspapier nicht erwähnt wird. Konkrete Finanzaussagen zu Schulsanierungen und Schulausbau, oder ein Datum, bis zu dem alle Schulen zu 100 % über die versprochene digitale Ausstattung samt W-

LAN und technischem Support sind Fehlanzeige. Vermutlich, weil die Ausstattung von Schulen Schulträgersache ist, und das Land den Kommunen erheblich mehr finanzielle Mittel zur Verfügung stellen müsste.

Hier noch ein paar Beispiele für den sprachlichen Aufwand, die Unverbindlichkeit zu tarnen:

Dafür braucht es *„die besten Lernorte und eine dienliche Lernatmosphäre in modern ausgestatteten Schulen. Als Land sichern wir dafür auch weiterhin im partnerschaftlichen Zusammenwirken mit den Schulträgern geeignete Voraussetzungen und verlässliche Rahmenbedingungen (S. 6)“*

### **Förderprogramm auf reduziertem Niveau verstetigen**

*„Das im Sommer 2024 auslaufende Corona-Aufholprogramm „Löwenstark - der Bildungs-KICK“ wollen wir auf einem reduzierten Niveau verstetigen...“ (S. 7)*

*„Wir haben die Schule der Zukunft im Blick. Deshalb wollen wir die Schulträger mit einem Investitionsprogramm bei Bau- und Modernisierungsmaßnahmen unterstützen.“ (S. 7)*

*„...deswegen bekennen wir uns klar zu einer Grundunterrichtsversorgung von 105%.“ (105% von was?)*

*„Den Sozialindex werden wir auf der Basis einer verfeinerten Datengrundlage und anhand geeigneter Kriterien weiterentwickeln, um ihn noch schulspezifischer auszubauen. Daher werden wir Schulen, an denen durch unterschiedliche soziale und kulturelle Zusammensetzung der Schülerschaft schwierige Bedingungen herrschen, zusätzliche Mittel für die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler bereitstellen.“ (S. 7)*

*„Wir wollen die IT-Verwaltungsaufgaben und den Datenschutz an Schulen weiter professionalisieren.“ (S. 18) „Wir wollen die Arbeit auf viele Schultern verteilen und daher den Einsatz pädagogischer Fachkräfte an Schulen weiter ausbauen. Wir wollen weitere Stellen zur sozialpädagogischen Unterstützung an Hessens Schulen bringen.“ (S. 19)*

*„Die Schulpsychologie werden wir ausbauen und präventive Ansätze fördern.“(S. 18)*

Das Highlight von Unverbindlichkeit bietet die Zusage, nichts verbindlich in Aussicht zu stellen: *„Klar ist: Kein junger Mensch darf auf dem Weg zwischen Schule und Beruf verloren gehen. Jedem jungen Menschen, der eine Ausbildung machen möchte, garantieren wir eine passgenaue Unterstützung. Schulabbrecherinnen und Schulabbrechern gilt unser besonderes Augenmerk.“ (S. 20, denselben Satz gibt es noch einmal auf S. 21) „passgenaue Unterstützung“ – nicht etwa ein passgenauer Ausbildungsplatz.*

Muss man sowas „garantieren? Kann man „unterstützen“ (was auch immer damit gemeint ist) auch tatsächlich „garantieren“? Was bedeutet Passgenauigkeit bei einer Unterstützungs-garantie? Man wird sich kaum auf eine solche Aussage berufen können. Leider sind das nur Floskeln. In die gleiche Richtung geht ein weiteres „Bekenntnis“: *„Wir stärken daher berufliche Bildung und bekennen uns zur Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung und einer erfolgreichen Berufsorientierung.“*

### **Sprachlich freundlich, inhaltlich unklar und unverbindlich**

Wie alle diese unverbindlichen Sprüche gemeint sind, kann man dann lesen: *„Wir müssen dafür sorgen, dass in der Gesellschaft ein Bewusstsein für die Gleichwertigkeit aller Bildungswege besteht.“* (S. 21)

Man nennt das, was falsch ist, aber behauptet wird, politische Propaganda. Der „Bildungsweg“ Hauptschule ist nicht *„gleichwertig“*. „Wir“, die Repräsentanten von CDU und SPD, haben's aber ganz unverblümt formuliert: *„Wir müssen dafür sorgen...“*, dass Wähler\*innen daran glauben, wer mit 10 Jahren dorthin aussortiert wird oder später durch *Sitzenlassen* dorthin abgeschoben wird, sei in einer *„gleichwertigen“* Schulform gelandet.

Es ist bewundernswert, was Lehrerinnen und Lehrer, die in der Hauptschule arbeiten, an sozialpädagogischer und psychosozialer Kraft und Kompetenz im Schulalltag einbringen, um irgendwie mit den oft das Klassenklima dominierenden sozial benachteiligten, kulturell oder durch Armut oder durch persönliche oder familiäre Schicksalsschläge psychisch belasteten Kindern so etwas wie einen Lernalltag zu gestalten. „Gleichwertig“ ist der Abschluss, wenn denn einer zustande kommt, nicht, „Wir“, das sind nun wir, die Wählerinnen und Wähler sollen's aber glauben. Dafür *„müssen“* die, die dieses ungerechte und in jeder Hinsicht unterversorgte Schulsystem als deutschen Sonderweg in Europa beibehalten wollen, *„sorgen“*.

Da geht's bei anderen Schüler\*innen-Gruppen freundlicher zu: Privatschulen erhalten in der Koalitionsvereinbarung eine besondere Streicheleinheit: *„Wir stehen an ihrer Seite und haben nicht nur die finanzielle Ausstattung staatlicher Schulen deutlich verbessert, sondern auch die privaten Ersatzschulen als festen Bestandteil unserer Schullandschaft gefördert.“* Was dann folgt, klingt nach fairer Behandlung: *„Die Einhaltung des Sonderungsverbots werden wir regelmäßig konsequent überprüfen.“* (S.9) Das Sonderungsverbot verlangt, dass Privatschulen auch Kindern, deren Eltern das Schulgeld nicht oder nur in geringem Umfang bezahlen können, aufzunehmen haben. *„Regelmäßig“* und *„konsequent“* das wäre neu und für ganz Deutschland beispielhaft, wenn da genauer stehen würde, wie *„regelmäßig“* und wie *„konsequent“* das wohl stattfinden soll.

Neu an diesem Papier ist die vermeintlich freundliche aber leider allzu oft inhaltsleere Sprache. *„Wir stehen an ihrer Seite“*, *„wir bekennen uns zu ...“*, *„wir sorgen für...“* Solche Gesten wären passend an sozialen Brennpunkten, und in Schulen mit besonders hohem Anteil von unbegleitet bei uns angekommenen geflüchteten Jungen oder traumatisierten ukrainischen Kindern.

### **Garantie für Förderschulen trotz Gültigkeit der Menschenrechtskonvention für Menschen mit Behinderung**

*„Wir bekennen uns entsprechend der von Deutschland ratifizieren UN-Behindertenrechtskonvention zu dem Ziel der Inklusion. Barrieren, die diesem Ziel entgegenstehen, wollen wir so weit wie möglich reduzieren. Dabei erkennen wir an (was für eine gemeine Formulierung gegenüber Menschen mit Beeinträchtigung – wem gegenüber wird da etwas „anerkannt“?), dass es Grenzen der gemeinsamen Beschulbarkeit gibt. Deshalb machen wir uns stark für den Erhalt und die bedarfsgerechte Weiterentwicklung der Förderschulen in Hessen. Förderschule“*

*len sind ein wichtiger Bestandteil des Schulsystems und bieten Kindern mit Behinderungen geschützte Räume, kleine Klassen, optimale Förderung, gesicherte Übergänge in den Beruf und Lebensalltag sowie hohe Fachlichkeit durch qualitativ bestens ausgebildete Lehrkräfte“.*(S. 9) Was für ein Geiere, nur um Eltern zu beruhigen, die schon immer Vorbehalte gegenüber dem ‚Gemeinsamen Unterricht‘ hatten! Wieder ein „Bekenntnis“, das zugleich relativiert wird. „Barrieren“...“wollen wir reduzieren“. Nicht: „werden“, nur „wollen“, und was bedeutet „so weit wie möglich“?

In Einzelfällen gibt es Grenzen gemeinsamen Unterrichts, der kann aber trotzdem in derselben allgemeinbildenden Schule stattfinden. Beispiele dafür gibt es selbst in Hessen. Wo und wie diese Grenzen in Zukunft gezogen werden, geht aus dem nächsten Satz hervor: *„Deshalb machen wir uns stark für den Erhalt und die bedarfsgerechte Weiterentwicklung der Förderschulen in Hessen.“*(S.9) Nicht um die bestmögliche Förderung in gut ausgestatteten „allgemeinen Schulen“ (so nennt das die Behindertenkonvention, die Deutschland zu Inklusion verpflichtet), sondern eine Bestandsgarantie für Förderschulen.

Und wieder ein Versprechen: *Wir sorgen für Übergänge in den Beruf und Lebensalltag sowie hohe Fachlichkeit durch qualitativ bestens ausgebildete Lehrkräfte“*(S. 10) .

*„Wir streben an, im Zusammenwirken mit den Schulträgern an jeder Schule digitale Lernräume zu schaffen, in denen hybrid oder digital unterstützt unterrichtet werden kann. In diesem Kontext sollen auch die Berufsschulen künftig mitgedacht werden. Als ergänzendes Angebot insbesondere für Kinder, die z.B. aus gesundheitlichen Gründen langfristig nicht am Präsenzunterricht teilnehmen können, und zur qualitativ hochwertigen Bereitstellung der notwendigen technischen Grundlagen – werden wir eine komplett digitale Pilotschule aufbauen“.*(S. 10) Die Hessische Wirtschaft wird jubeln. Na endlich, von mehr als 2000 hessischen Schulen, eine, beachtlich.

### **Evaluation der Kerncurricula**

*„Die Kerncurricula u.a. der Fächer Sachunterricht, Geschichte sowie Politik und Wirtschaft werden wir schärfen.“* (S.12) Wenn einem gar nichts mehr einfällt, was man verbindlich ankündigen könnte, wählt man ein Verb, das in der fachdidaktischen Literatur gar nicht vorkommt, dann kann keine\*r sagen, man hätte etwas anderes gemacht, weil ja jede\*r was anderes darunter verstehen kann: „schärfen“. *„Wir führen (...) ein Update der Lehrinhalte durch, um in Zukunft mehr praktische Lebenskompetenzen sowie Verbraucher- und Finanzbildung in der Schule zu vermitteln.“*(S. 12) Auf dieses angedrohte „Update“ darf man gespannt sein. Wie macht man sowas? Lässt man ernsthaft mal die Lehrkräfte zu Wort kommen, und ihnen gestatten ehrlich zu sagen, was sie von den mehr als 12 Jahre alten „Kerncurricula“ halten? Wird es eine repräsentative Untersuchung mit einer soliden wissenschaftlichen Begleitung sein? Könnte gemeint sein, dass es eine ehrliche, in den Schulen und mit den betroffenen Lehrkräften, Schulleitungen, Eltern und Schüler\*innen diskutierte, datengestützte Form der Bilanzierung geben soll? In Hessens Schulen unterrichten bis zu 80% der Lehrkräfte die Fächer PoWi und Geschichte, ohne dafür ausgebildet zu sein. „Grundrechtsklarheit, Extremismusprävention, Wertevermittlung, Demokratieverziehung und politische Bildung“ – hehre Stichworte. *„Wir wollen eine Schule, die allen Kindern und Jugendlichen gerecht wird und in*

*der sie zu überzeugten Demokraten heranwachsen, indem sie Demokratie selbst praktizieren.“ (S. 12). Wer das seit Jahren bekannte Problem – in keinem anderen Fach gibt es so viele nicht dafür ausgebildete Lehrende - nicht durch ein Fort- und Weiterbildungs-Sonderprogramm angeht, muss sich vorwerfen lassen, das alles nicht ernst zu meinen.*

Werden die Warnrufe und Vorschläge der Didaktiker\*innen der Politischen Bildung wenigstens mal ins Nachdenken über die Zukunft von schulischem Lernen einbezogen?

Nichts wird gesagt über eine Ausweitung und, wenn's geht, so oft wie möglich fächerübergreifende Struktur der Mini-Fächer Geschichte, PoWi und Erdkunde, kein Wort über verbindliche Aufgaben dieser Fächer (und jeder Schule) gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus, Sexismus und Gewaltbereitschaft und Befähigung zum kritischen Befragen der Wirklichkeit. Diese Koalition lässt Lehrkräfte, Erzieher\*innen und Sozialpädagog\*innen, die sich mit ihrer ganzen Person in die Auseinandersetzung mit demokratiefeindlichen Erscheinungen in ihrer Bildungseinrichtung begeben, allein. Ihnen muss, anders als zum Thema „Finanzbildung“, eine unverbindliche Absichtserklärung genügen; *„Demokratiepädagogische Angebote als Querschnittsaufgabe sollen in den Curricula in allen Schulformen verankert sein. Präventionsprogramme zur Bekämpfung von politischem und religiösem Extremismus werden wir konsequent ausbauen.“ (S. 12)*

*„Wir stärken die historisch-politische Bildung an hessischen Schulen, indem wir für alle Schülerinnen und Schüler die Vermittlung der deutschen Geschichte und der Grundlagen unserer Verfassungsordnung mit Exkursionen zu entsprechenden Orten der deutschen Demokratiegeschichte verbinden und Besuche in Gedenkstätten und Museen fördern.“(S.13)* Langer Rede kurzer Sinn: Exkursionen zu Orten der deutschen Demokratie- und Verfassungsgeschichte sollen für alle Schülerinnen und Schüler gefördert werden.

Ja, das fordern wir schon lange. Aber worin wird die „Förderung“ bestehen? Was darf eine Exkursion „aller“ hessischen Schülerinnen z.B. zur Frankfurter Paulskirche oder zum Haus der Geschichte in Bonn das Land kosten?

Die Betonung der deutschen Geschichte ist ein bisschen schlicht, um nicht zu sagen rechtslastig. Man kann „deutsche Geschichte“ nicht ohne die unserer Nachbarn verstehen, und man kann Verfassungsgeschichte nicht ohne die Unabhängigkeitserklärung der USA und die „Bill of Rights“, die Erklärung der Menschenrechte 1789 in Frankreich, die „Magna Charta“ Englands und die Menschenrechtserklärung der UNO von 1948 verstehen. Im Artikel 56, Abs. 5 der hessischen Verfassung ist vom Geschichtsunterricht die Rede, nicht vom Unterricht über deutsche Geschichte.

*„Wenn Universitäten und Ausbildungsbetriebe KI verwenden, muss die Schule die Grundlagen hierfür legen. Schülerforschungszentren können hier eine hervorgehobene Rolle spielen und sollten ausgebaut werden“ (S.13).* Da steht tatsächlich „sollten“, also in Konjunktivform. Mit anderen Worten: Wäre schön, wenn's mal stattfindet. Wie viele? Wie gut ausgestattet? Fehl-anzeige! Das gilt auch für die richtigerweise erkannte Notwendigkeit der Sprachförderung:

*„Für den Integrations- und Bildungserfolg wie auch für die gesellschaftliche Teilhabe ist die Beherrschung der deutschen Sprache elementar. Deshalb werden wir Sprachförderangebote stärken, Lehrkräfte zusätzlich für Deutsch als Zweit- und Fremdsprache aus- und weiterbilden*

und sicherstellen, dass alle Lehrkräfte über Grundkompetenzen in der Vermittlung der Bildungssprache Deutsch verfügen.“ (S. 14) „stärken“ will man Sprachförderangebote. Geht's noch unverbindlicher? „alle Lehrkräfte“ – also lt. „Statista“ über 60.000 – sollen über „Grundkompetenzen in der Vermittlung der Bildungssprache Deutsch verfügen“. In fünf Jahren werden es nicht alle sein, oder man definiert das „Verfügen“ über derlei Kompetenzen durch den Nachweis eines Merkblattes, das bis dahin an alle Lehrkräfte verteilt wurde.

Wirklich unseriös wird es bei der Ankündigung: *“Wir unterstützen und entlasten unsere Lehrkräfte bei der individuellen Diagnostik sowie der Förderung der Schülerinnen und Schüler durch die verpflichtende Einführung von landesweiten Testverfahren. Wir beginnen mit Testungen der Übergangsjahrgänge 1 und 5 und werden diese auf weitere Jahrgangsstufen ausweiten. Zur Erleichterung der Durchführung sollen möglichst digitale Systeme Anwendung finden.“* (S. 15) Das ist ein Programm zur Förderung der Digitalindustrie, die erst einmal empirisch belegt den Nachweis erbringen müsste, dass sie valide, reliable und objektive Tests anbietet, die konkrete Hinweise für pädagogisches Handeln liefern. Ohne den Wiederaufbau systematischer bildungswissenschaftlicher Fortbildung für alle Lehrkräfte, von denen hier die Rede ist, wird es zunächst um ungeheuren Aufwand und Geldausgaben und dann um Folgelosigkeit gehen, weil ohne qualifizierte und erprobte Konzepte für das, was mit den Testergebnissen gemacht werden soll, um Kinder und Jugendliche, bei denen Förderbedarf festgestellt wird, wirksamer und nachhaltiger als ohne die test-Diagnosen zu fördern.

Dass solche Ankündigungen einfach nicht ernst zu nehmen sind, zeigt sich an dieser Augenwischerei: Man will *„Dauer und Intensität der 1. Phase der Lehrkräfteausbildung für alle Lehrämter überprüfen“*. (S. 17). Zwei Drittel aller Bundesländer haben längst das 10-semesterige Bachelor-/Masterstudium für alle Lehrämter eingeführt. Das entspricht dem Qualifizierungsbedarf für die immer komplexer, anstrengender und anspruchsvoller gewordenen Aufgaben im Lehrer\*innen-Alltag. Hessen gehört zu der Minderheit, die für Grund-, Haupt- und Realschullehrer\*innen faktisch nur 5 Semester an der Uni vorsehen – ein Semester wird für das „Praxissemester“ verwendet. Da gibt's nichts mehr zu prüfen, sondern nur noch schnellstens hinzuschauen, wie die anderen Bundesländer das erweiterte Studium inhaltlich mit berufsbezogenen bildungswissenschaftlichen Inhalten füllen, die besten Beispiele zu übernehmen und so rasch wie möglich die notwendigen Ressourcen an die Unis zu geben. Ohne diesen Schritt bleibt alles, was zu den Lehrkräften notiert wurde, Makulatur.

Aus den vielen unverbindlichen Ankündigungen ein letztes Beispiel:

***„Schulsozialarbeit, -Psychologie, -Gesundheit und weitere Akteure“***

*„Wir wollen die Arbeit auf viele Schultern verteilen und daher den Einsatz pädagogischer Fachkräfte an Schulen weiter ausbauen. Wir wollen weitere Stellen zur sozialpädagogischen Unterstützung an Hessens Schulen bringen.“*... *„Die Schulpsychologie werden wir ausbauen“* (S. 19). Die Öffentlichkeit, nicht die unmittelbar Betroffenen, hat einen Anspruch darauf, dass zu solchen Leereformeln Zahlen genannt werden. Um wie viele tausend tatsächlich dann mit qualifizierten Menschen besetzten Stellen soll es denn in welchem der fünf vor uns liegenden Jahre bei pädagogischen Fachkräften, Sozialpädagog\*innen und Schulpsycholog\*innen gehen ?



„Handwerk“ den Jugendlichen im Zusammenhang mit **Berufsorientierung** durch verschiedene Maßnahmen nahe zu bringen ist sicher richtig. (Vgl. S. 19) Aber die Einseitigkeit von handwerklicher Orientierung kann so nicht stehen bleiben. Es fehlt überall an qualifizierten Arbeitskräften. Busse und Bahnen, Labore, Kliniken, Arztpraxen, Supermärkte, Polizeireviere und Verwaltungen jeder Art stehen still ohne mehr gut ausgebildete junge Leute – und Kitas und Schulen sowieso. Neben der tatsächlichen Förderung von Einwanderung künftiger Arbeitskräfte muss die Zahl derer, die sich früh als Verlierer des Systems mit anderen Verlieren des Systems in der Hauptschule wiederfinden, dramatisch verringert werden. Während andere Bundesländer neben dem Gymnasium nur noch eine Schulform ab Klasse 5 haben, führen in Hessen über 100 große Schulen, nämlich die „kooperativen Gesamtschulen“ in der Sekundarstufe I neben dem „Gymnasialzweig“ getrennte Haupt- und Realschulzweige und halten so, radikaler als in den meisten anderen Bundesländern, das Aussortieren, auch durch das Abschulen aus Gymnasien und Gymnasialzweigen, aufrecht, statt alles daran zu setzen, durch massive Förderung die Zahl der Abbrecher und Schulabgänger ohne Abschluss erstmal mindestens zu halbieren – um des Bildungsrechts der Betroffenen und der Chance auf mehr ausbildungsfähige „Azubis“ willen. Das wär' mal eine konkrete Zielsetzung.

### **Hochschulen**

5 Seiten (22 bis 26) sind den Hochschulen gewidmet. Es gibt, wie auch für die Schulen, keine einzige konkrete Zusage für irgend etwas. Zweimal geht es wieder ums „Bekennen“, 21-mal heißen die Versprechungen „fördern, unterstützen, stärken, begleiten, vorantreiben, Beitrag leisten, verbessern“. Um „überprüfen, prüfen, auf den Prüfstand stellen, evaluieren“ geht es zehnmal.

### **Fazit zum bildungspolitischen Teil der Koalitionsvereinbarung:**

Angesichts der Tatsache, dass sich der erzkonservative Teil der CDU in fast allen Belangen durchsetzen konnte, rief der scheidende Landtagsabgeordnete Gernot Grumbach auf dem SPD-Parteitag in den Saal zum dreieggliederten Schulsystem: „Ich bekenne mich nicht zu einem Schulsystem, das so viel Leid und Ungerechtigkeit gebracht hat.“

Die GEW wird die Aufgabe haben, vom ersten Tag nach dem Regierungsantritt fünf Jahre lang die eigenen Mitglieder dabei zu unterstützen, genau hinzuschauen, sich kritisch zu äußern und in verschiedenen Formaten von Aktivitäten immer wieder unsere Argumente laut vorzutragen. Die GEW muss, weil es niemand anders tun kann, alle die zusammenbringen, die Veränderung wollen. Auch der VBE sollte eingeladen werden mitzumachen.

Die Grünen im hessischen Landtag kritisierten, das Vertragswerk sei in vielen entscheidenden Punkten zu unkonkret. Die Linkspartei sprach mit Blick auf den Vertrag sogar von einer „Nullnummer für Hessen“. Die Leiterin des HR-Studios Wiesbaden, Frau Wellstein, sprach von viel Unverbindlichkeit, der Landesschüler\*innensprecher Gaston Liepach kritisierte, dass die Koalition es ablehnte eine Systemdebatte über das gegliederte Schulsystem zu führen.

Die CDU hat, zum Teil in „Basta!“-Sprache, diktiert, die SPD hat sich unterworfen und durfte ab und zu linksliberal ein bisschen ergänzen. Nachdem die Grünen 10 Jahre lang still waren, wenn es um erzkonservative Schulpolitik in Hessen ging, setzt die SPD das nun mit einem ei-

nerseits aggressiv konservativ formulierten und andererseits in Bezug auf Zahlen und Termine absichtlich unverbindlichen Bildungsteil im Koalitionsvertrag fort. Schaut man sich allerdings das SPD-Wahlprogramm an, liegt der Verdacht nahe, dass die gleichen Repräsentanten der SPD die Zustimmung zu einem weitgehend von der CDU-geprägten Papier für den Bereich Bildung gaben, die auch die bildungspolitisch unterirdische Wahlplattform für die SPD geliefert hatten.

Vielleicht sammeln sich in der SPD nun die, die fünf Jahre lang durch kritische Zwischenrufe und Klarstellungen helfen wollen, Schlimmeres zu verhindern.

Es wird vor allem auf die GEW, aber auch den DGB, die Schülerinnen- und Schülervvertretung, den Landeselternbeirat, hoffentlich auch die Arbeitgeberverbände und die kleinen, aber wichtigen Organisationen wie z.B. die GGG (Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule), die Deutsche Vereinigung für Politische Bildung (DVpB), den Grundschulverband oder den Ganztagschul-Verband, die Vereinigung hessischer Gesamtschuldirektor\*innen und die Medien ankommen, dass nicht alles so bleibt, wie es geschrieben und vereinbart wurde.

Gerade hat PISA erneut gezeigt, wie mies es um unser Bildungssystem steht. Gerade haben erneut, nicht nur in Hessen, alle in Landtagen und Landesregierungen, die etwas ändern könnten, sich entspannt zurückgelehnt. Sie halten es für sicher, dass Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer sowie die Eltern sich auch diesmal nicht aufrufen. Ob Hessen diesmal, initiiert von einer kämpferischen GEW und getragen von einem breiten Bündnis, eine Bildungswende einleitet?